

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

## Marktradikalismus und Sprache

*Erhard Eppler*

### **Ein Beitrag aus der Tagung:**

Sprache und Politik

Bad Boll, 23. – 25. Oktober 2009, Tagungsnummer: 520609

Tagungsleitung: Kathinka Kaden

---

### **Bitte beachten Sie:**

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2009 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll  
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll  
E-Mail: [info@ev-akademie-boll.de](mailto:info@ev-akademie-boll.de)  
Internet: [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

# Marktradikalismus und Sprache

*Erhard Eppler*

I. Für George W. Bush war Marktradikalismus nur eine Seite der Münze, auf der, wenn man sie umdrehte, Freiheit und Demokratie standen. Wo man den Markt walten ließ, war Demokratie unvermeidlich. Die Geschichte des Marktradikalismus sieht anders aus. Das erste lupenreine marktradikale Experiment hat der Diktator Pinochet unternommen, der durch einen blutigen Putsch 1973 in Chile an die Macht kam. Aber auch im Großbritannien der Margarete Thatcher setzte sich die marktradikale Revolution von oben nach unten durch. Der britische Historiker David Marquand schildert dem überraschten Leser, wie die eiserne Lady die kommunale Selbstverwaltung stutzte und mit dem Widerstand einer Beamtenschaft zu tun bekam, die in ihrer britischen Tradition, gewissenhaft und unabhängig, Thatchers Pläne nicht für ihre Aufgabe hielt. Anders war es nur in den USA. Dort konnte Ronald Reagan an die Staatsskepsis und die Marktgläubigkeit seiner Landsleute anknüpfen, an den amerikanischen Traum, der dem Tüchtigen freie Bahn gibt und den Untüchtigen am Wegrand liegen lässt, bis ein barmherziger Samariter vorbeikommt – oder auch nicht. Insofern bot sich Reagan jenes Freiheitspathos an, das dann beim jüngeren Bush schließlich peinlich wirkte. Aber dabei verschob sich immer mehr die Bedeutung des Wortes »freedom«.

Ronald Reagan hatte es noch mit dem Sowjetblock, mit dem »Reich des Bösen« zu tun. Und wenn er die Freiheit Amerikas feierte, meinte er natürlich auch die Freiheit der Rede, die Pinochet abgeschafft hatte. Der selbsternannte Kriegsherr Bush, der wie keiner seiner Vorgänger in die Bürgerrechte eingegriffen hatte, meinte, wenn er »freedom« feierte, einfach die Wirklichkeit seines Landes: Die freien, deregulierten Märkte, die Chance, sich am Markt zu bewähren, Erfolg zu erarbeiten, natürlich auch die, frei zu wählen, sich frei zu bewegen, frei zu reden – sofern nicht die Sicherheit Amerikas im Krieg mit dem Terror dadurch bedroht wurde.

Unter dem Stichwort »Freiheit« konnte er die Steuern für Gutverdiener senken. Sie sollten frei sein, über ihr wohlverdientes Geld frei zu verfügen. Und er beschwor dabei die »growth«, das Wachstum, das Amerika umso rascher reich machen würde, je weniger man den Betuchten wegnahm. Der Reichtum sollte »trickle down«, also schließlich zu den Armen durchtröpfeln. Den Armen etwas zu geben, was sie nicht erarbeitet hatten, empfand Bush eher als Einschränkung der Freiheit, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen musste der Staat – auch durch eine Bürokratie – tätig werden, zum andern hielten Sozialleistungen die Armen davon ab, ihre Freiheit zum Aufstieg durch eigene Leistung zu nutzen.

Was kulturelle Freiheit anging, so trat sie bei Bush in den Hintergrund, auch durch seine Bindung an den evangelikalen, fundamentalistischen Protestantismus.

So ähnlich erging es dem Wert der Freiheit überall, wo Marktradikale sich durchsetzen oder doch so etwas wie eine ideologische Hegemonie errichten konnten. Der Freiheitsbegriff erhielt eine ökonomische Schlagseite: Freie Märkte, freier Kapitalverkehr, niedrige Steuern, reduzierter Staat. Aber das schloss, etwa in Osteuropa, wo Chicago-Boys, unterstützt von Altkommunisten die Planwirtschaft durch Marktradikalismus ersetzt hatten, nicht aus, dass man Minderheiten schikanierte, unbequeme Intellektuelle denunzierte. In Deutschland lebte wieder die alte Vorstellung auf, dass die Freiheit in

dem Maße leiden müsse, wie die soziale Sicherheit zunehme, während die Erfahrung der Arbeiterschaft genau umgekehrt ergab, dass mit seiner Freiheit nur etwas anfangen kann, wer sozial gesichert ist.

II. Das Wort »Staat« wurde, als der Marktradikalismus auf seinem Höhepunkt war, tunlichst vermieden. Man flüchtete in Zusammensetzungen wie Rechtsstaat, Sozialstaat, oder polemische wie Steuerstaat, Abgabenstaat, Überwachungsstaat. Der »Wohlfahrtsstaat« wurde fast nur noch erwähnt als etwas, das nun endlich überwunden werde. Der »schlanke« Staat war das Ziel, aber wann war ein Staat schlank, wann magersüchtig? Wo der Zusammenhang eigentlich das simple Wort »Staat« verlangte, wichen viele aus in Ausdrücke wie »Gemeinwesen«.

Es wurde üblich, die »Zivilgesellschaft« gegen den Staat auszuspielen. Während der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder fanden an verschiedenen Orten Europas Kolloquien zum Thema »Regieren im 21. Jahrhundert« statt, eines davon in Berlin zum Thema »Zivilgesellschaft«. Es waren vor allem die Regierungschefs von Mitte-links-Regierungen, die sich austauschten, daneben gab es eine »Expertenrunde«, an der auch ich teilnahm. Ausgewiesene Soziologen und Politologen behandelten die »Zivilgesellschaft« als Gegengewicht, ja als Alternative zum Staat: Je mehr Zivilgesellschaft, desto weniger Staat, je stärker der Staat, desto schwächer die Zivilgesellschaft. Bis eine junge Dame aus Südafrika aufstand, Vertreterin der jetzt regierenden Mehrheit, und ihre Erfahrung einbrachte: Eine lebendige Zivilgesellschaft mit Vereinen, Stiftungen, Gewerkschaften gedeiht nur in einem funktionierenden, handlungsfähigen Staat, und dieser Staat ist auf Dauer nicht lebensfähig ohne die Aktivität seiner Bürger in einer wachen Zivilgesellschaft. Beide brauchen einander. Weder kann die Zivilgesellschaft den Staat, noch kann der Staat die Zivilgesellschaft ersetzen.

Was die Afrikanerin vor einem Jahrzehnt Europäern und Amerikanern zu bedenken gab, dürfte der Konsens einer nach-marktradikalen Epoche werden. Aber sie war ihrer Zeit voraus.

In der marktradikalen Polemik bekam der Staat sogar die Züge eines nie genauer definierten Tieres. Grover Norquist, der mächtige Chef der »Americans for tax reform« machte aus dem Staat ein »Biest«. »Laßt das Biest verhungern!« forderte der Mann, der Mitgliedern des Kongresses einen feierlichen Eid abnahm, niemals eine Steuer zu erhöhen. Und er präzierte dies: »Ich würde den Staat gern in 25 Jahren auf die Hälfte schrumpfen lassen, auf eine Größe, dass wir ihn in der Badewanne ersäufen können«. Was für ein Fabeltier, was für ein Biest da ersäuft werden soll, blieb im Dunkeln.

In Deutschland verhielt man sich gesitteter. Aber wer die Schriften des »Bundes der Steuerzahler« aufmerksam las, bekam dasselbe Bild vom deutschen Bundesstaat: Ein gieriges Ungetüm, das alles auffraß, was es erreichen konnte, weit mehr, als es verdauen konnte, das daher immer wieder Unverdautes in die Gegend spucken musste. Ein Untier, dem zu widerstehen die Pflicht eines aufrechten Bürgers war, vor dem dieser Bürger sein wohlverdientes Eigentum retten musste. Dabei kam es nicht so sehr darauf an, ob dies mit legalen oder nicht ganz legalen Mitteln geschah. Ein Zumwinkel hat wohl nie einen Geschäftspartner betrogen, den Staat sehr wohl. Das war moralisch etwas anderes.

III. Wer den Staat schrumpfen lassen, aushungern will, muß ihm die Steuern verweigern. Eine Steuer senkung war ursprünglich, bis in die Achtzigerjahre, englisch ein »tax cut«. Das ist ein knapper, präziser, wertfreier Ausdruck: Die Steuern werden beschnitten, verkürzt. Aber dann, als die marktradikale Welle anschwellte, kam ein neuer Begriff auf, der in meinem Duden-Oxford, Großwörterbuch Englisch

von 1990, noch nicht zu finden ist: »Tax relief«. »Relief« ist einerseits »Erleichterung«. Das hat schon einen wertenden Klang. Wer ist nicht gerne erleichtert? Aber »relief« kann auch Hilfe, Rettung bedeuten. »My brother came to my relief« bedeutet, dass mein Bruder mir zur Hilfe kam, mich gerettet hat vor Hochwasser, Feuer oder Räubern. In »tax relief« schwingt also beides mit: Erleichterung, dass man nun etwas mehr im Geldbeutel hat und Rettung vor dem bösen Biest. Beides mag zwar nicht immer nötig sein, aber es ist immer gut, positiv, erfreulich. Man kann es also immer fordern. Je mehr »relief« desto besser.

Zu dem neuen Begriff passte eine neue Behauptung, die ich vorher, also noch in den frühen Siebziger, nie gehört hatte, die aber jetzt als wissenschaftliche Wahrheit gehandelt wurde: dass Steuersenkungen sich mehr oder weniger selbst finanzieren, also soviel zusätzliches Wirtschaftswachstum erzeugen, dass der Staat nachher ebensoviel oder gar mehr Steuern einnimmt. Heute weiß man oder kann es wissen, dass Länder mit einer hohen Steuerquote wie die skandinavischen keine geringeren Wachstumsraten haben als solche mit niedrigerer Quote. Man kann wissen, dass weder die Steuersenkungen der rot-grünen noch die der Bush-Regierung einen erkennbaren Einfluß auf die Konjunktur hatten. Und heute denken sogar Ökonomen darüber nach, ob wirklich jeder Euro, der sich einmal in eine öffentliche Kasse verirrt hat, deshalb schon tot ist, nichts mehr bewirken kann. Denn er bleibt ja nicht dort. Er ist kurz darauf in den Händen eines Polizisten oder eines Handwerkers, der einen kommunalen Kindergarten renoviert.

Da tax relief immer gut ist, hat Bush vor allem hohe Einkommen begünstigt, während er gleichzeitig für seinen Krieg im Irak riesige Summen ausgeben musste. Ergebnis war eine Rekordverschuldung, die inzwischen auch den Wert des Dollars mindert.

In Deutschland, wo man lange Zeit sachlich von Steuersenkungen und Steuererhöhungen sprach, stand kein so ideales Wort wie »relief« zur Verfügung. Immerhin konnte man ein Element von »relief« übernehmen: »Steuererleichterung«. Besser noch war »Steuerentlastung«. Wenn jemand Lasten zu schleppen hat, ist es immer gut, wenn ein hilfreicher Freund ihm etwas davon abnimmt, ihn entlastet. Und wenn der Entlastete dann aus Freude und Dankbarkeit noch viel mehr leistet als vorher, dann entsteht Wachstum ... Immerhin, man konnte nun – und eine Partei hat dies seither auch getan – immer, bei guter und schlechter Konjunktur, bei jeder Haushaltslage Steuerentlastungen verlangen, man musste nur die Argumente, nicht die Forderungen der Konjunktur anpassen.

IV. In diesem Kontext wurden dann die »Leistungsträger« erfunden. Als ich in den Bundestag kam, gab es sie noch nicht. Dass dieser Begriff eine bewusste Erfindung ist, ergibt sich daraus, dass man Leistung gar nicht tragen, sondern nur erbringen kann. Hier wurde also nicht das geläufige Verbum substantiviert. Denn nun ging es darum, die Leute zu »entlasten«, die an ihrer Leistung schon genug zu tragen hatten. Das waren die wirtschaftlich Erfolgreichen. Dass man viel leisten kann, ohne viel zu verdienen, wird da einfach weggewischt. In der marktradikalen Epoche wurde systematisch der Unterschied zwischen Leistung und Erfolg verwischt. Denn zu den Dogmen dieser Ideologie gehörte, dass, wer etwas leistet, auch den entsprechenden Erfolg hat. Dass dies nicht stimmt, erfährt heute jeder jeden Tag. Ich habe einmal ausgerechnet, dass bei den Honoraren, die heute von kommunalen Volkshochschulen noch bezahlt werden können, ein Referent 300 Jahre lang jeden Abend einen Vortrag halten müsste, bis er die Abfindung des Herrn Esser verdient hätte. Und dies nur, wenn er auch noch 300 Jahre lang im Freien, ohne Wohnung und ohne Essen überleben würde. Nur so würde der Referent mit der Zeit zum Leistungsträger.

Wir leben heute in einer Erfolgsgesellschaft, nicht in einer Leistungsgesellschaft. Was die einzelnen Minister der Großen Koalition für die Allgemeinheit geleistet haben, war ganz selten Gegenstand der Medienberichterstattung. Aber ob sie in der Wählergunst gewonnen oder verloren hatten, ob die Demoskopien ihnen einen Pfeil nach oben oder unter verpasst hatten, konnte man jede Woche neu erfahren.

Zurück zu den Steuern: Vor allem in den USA machten Marktradikale kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die progressive Einkommensteuer aus dem Weg zu räumen. Der Staat sollte nicht versuchen, die Ergebnisse des Marktes zu korrigieren, er sollte auch nicht mit Steuern steuern. Die progressive Einkommensteuer, bei der mit der Höhe des Einkommens auch der Steuersatz steigt, war in Deutschland nach Bismarcks Entlassung vom nationalliberalen preußischen Finanzminister Johannes von Miquel eingeführt worden und war im ganzen 20. Jahrhundert in Europa unumstritten. Sie sollte dem sozialen Ausgleich dienen. Wer nur den lieben Markt walten lassen wollte, konnte sich damit nicht abfinden.

In Deutschland wagte – vielleicht mit Ausnahme von Professor Kirchhof – niemand, einfach die flat tax zu fordern, also denselben Steuersatz für alle, ob sie 1000 Euro verdienen oder

100 000. dafür wurde die »einfache« Steuer propagiert, und sicher ist die flat tax einfacher. Wenn man wirklich alle Tatbestände eliminierte, die das zu versteuernde Einkommen mindern, dann könnte man mit der flat tax seine Lohnsteuer auf einem Bierdeckel ausrechnen. Nur müsste dies zu einer Sturmflut von Klagen führen, zumal einige dieser Abzüge bereits vom Verfassungsgericht behandelt, bestätigt und damit auch sanktioniert wurden. Die einfache, gerechte Steuer gibt es in einer ausdifferenzierten Gesellschaft nicht. Die einfache, die alles über einen Kamm schert, ist sicher nicht gerecht, und die einigermaßen gerechte, die Rücksicht nimmt auf besondere Belastungen, Werbungskosten, Notlagen oder Leistungen für die Gesellschaft (etwa Spenden) ist eben nicht einfach.

So wird ein System mit drei Steuersätzen, meist 15 %, 25 % und 35 % vorgeschlagen. Warum ein System mit plötzlichen Sprüngen gerechter sein soll als ein kontinuierlich steigender Steuersatz, ist rational nicht zu begründen. Hier geht es – und auch da war Paul Kirchhof ehrlich – um den Übergang, die Vorstufe zur flat tax. Wenn bei der Dreistufensteuer die Proteste derer laut werden, die sich ungerecht behandelt fühlen, bringt man als Alternative die flat tax ins Spiel.

So hat die marktradikale Welle sprachlich nichts Neues gebracht, wohl aber geläufige Ausdrücke, die mehr verhüllen, als sie aussagen. Es wäre spannend zu sehen, wie die Deutschen auf das reagieren, was sich hinter der »einfachen, fairen, gerechten« Steuer verbirgt.

V. Dass dem, der sozialen Ausgleich für nötig hält, vorgeworfen wird, er sei nur neidisch, ist keine marktradikale Erfindung. Das war schon im 19. Jahrhundert so üblich. Neu ist, wie in den letzten zwei Jahrzehnten mit dem Wort »Geiz« umgegangen wurde. Schon Immanuel Kant hat zwischen einem »habsüchtigen« und einem »kargen« Geiz unterschieden, also einer Gier, die den Hals nicht voll bekommen kann (Geizhals), und einem Geiz, der nichts abgeben will. Beide Formen des Geizes galten in der europäischen Geschichte als Laster, sie waren entweder böse (Todsünden) oder lächerlich (Molière). Was muß geschehen sein, dass plötzlich der Slogan »Geiz ist geil« aufkam und auf erschreckend wenig Widerstand stieß? (Um den erstaunlichen Bedeutungswandel von »geil« brauchen wir uns hier nicht zu kümmern.) Wenn der unbegrenzte Egoismus, das Habenwollen der Motor für Wirtschaftswachstum und damit für Wohlstand sein soll, dann sind doch wohl beide Formen des Geizes heilsam, begrüßenswert, »geil«. Hier wird deutlich, dass der Marktradikalismus auch eine Revolution

gegen 2000 Jahre europäischer Ethik war – und ist -, dass diese Revolution nicht nur der christlichen, auch der stoischen, der humanistischen Ethik den Kampf ansagt.

Dazu passt ein Wort, das dieser Epoche seine Erfindung verdankt: »Gutmensch«. Es stimmt, dass uns auch Wohltäter auf die Nerven gehen können. Aber wenn ein Wirtschaftsprofessor, der eigentlich in sich gehen und fragen müsste, was seine Theorien zur Finanzkrise beigetragen haben, ein Konjunkturpaket, das die Regierung eben gegen eben diese Krise und ihre ökonomischen Folgen schnüren musste, als »Wettlauf der Gutmenschen« abtut, hört der Spaß auf. Da versucht eine Regierung zu verhindern, dass das Versagen überforderter Banker allzu viele Unschuldige arbeitslos macht und handelt sich dafür das Schimpfwort »Gutmensch« ein. Ist jeder ein Gutmensch, der die Ergebnisse der Märkte nicht als gültige, unabänderliche, vielleicht sogar gerechte Realität hinnimmt? Der Gutmensch ist ein Produkt marktradikaler Ideologie. Was gut und böse ist, soll neu definiert werden.

»Bildung« gehört zu den Begriffen, deren Bedeutung, fast unbemerkt, aber gründlich, verschoben worden ist. Wurde in den Achtzigerjahren noch leidenschaftlich über Bildungsziele gestritten, also darüber, was Bildung denn erreichen soll, worauf sie zielt, was ein »gebildeter« Mensch denn wohl sei, so ist Bildung heute fast immer eindeutig ökonomisch definiert. Als Volk ohne Rohstoffe sind wir nur durch das konkurrenzfähig, was sich in unseren Köpfen bewegt: Durch ständige intelligente Innovation. Das ist natürlich nicht falsch. Aber ist damit das Thema Bildung erledigt in einem Land, in dem Goethes Wilhelm Meister entstand und in dem ein Hartmut von Hentig noch heute seine Schlüsse zieht aus einer 2500 Jahre währenden europäischen Bildungstradition? Abrichtung auf optimale Verwendbarkeit in der Wirtschaft darf in einer Demokratie gefordert werden, aber doch nicht unter der Rubrik »Bildung«.

Da ist dann das Wort »Humankapital«, das ich auch noch nicht kannte, als ich in den Bundestag kam, auch zehn Jahre später noch nicht, immerhin ehrlicher. Von einem Kapital erwartet man Zinsen. Humankapital sind menschliche Fähigkeiten, die Zinsen abwerfen. Für wen, bleibt dabei wohlweislich im Dunkeln. Hier ist der Mensch ohne Tarnung und ohne Umschweife reduziert zu einem Wirtschaftsfaktor, genauer zu einer Sparte innerhalb des Wirtschaftsfaktors Kapital. Das ist schlimm genug. Aber noch schlimmer ist es, wenn Bildung einfach als Vermehrung von Humankapital verbucht wird.

Dazu passt auch die Renaissance der »Elite«. Elite ist Auslese. Aber für Auslese braucht man Kriterien. Nach welchen Kriterien definieren wir Elite? Bei militärischen Eliteeinheiten ist dies nicht allzu schwierig: Körpergröße, Gesundheit, Sehschärfe, Belastbarkeit etc. Aber wer gehört zur Elite der Gesellschaft? Einfach »die da oben« in Wirtschaft, Wissenschaft und vielleicht auch Politik? Sind Elite vor allem die Erfolgreichen, bei denen man unterstellt, der Erfolg beruhe auf Leistung? Das ist ein einfaches praktikables Verfahren, über das künftige Generationen sich wundern dürften. Vielleicht verleihen sie diesen Titel – wenn das Wort sie überhaupt noch interessiert – an ganz andere Leute, die wir heute kaum beachten.

Wie dem auch sei, der Gegenbegriff zu Elite ist, nicht erst seit Ortega y Gasset, die Masse. Und wo die Gesellschaft in Elite und Masse geteilt wird, gibt es meist keine Demokratie. Wer gern von Elite spricht, rechnet sich meist dazu. Daher gibt es ein Elitebewusstsein, das fast schon ausschließt, was seriöse Wissenschaftler unter Elite verstehen.

Elite gehört zu den Begriffen, die eine innere Dialektik enthalten. Marktradikale sind einfache, geradlinige Denker, Dialektik ist ihnen fremd. Sie nehmen sie gar nicht wahr. Vielleicht macht sich ein

Teilnehmer – oder eine Teilnehmerin – dieser Tagung die Mühe, darauf zu achten, ob der Elite-Boom den Marktradikalismus überlebt.

Ich habe sogar den Verdacht, dass auch die »Selbstverwirklichung« als Lebensziel, eigentlich ein eher linkes Postulat, nicht von ungefähr gerade in der marktradikalen Epoche populär geworden ist. Aber da betreten wir ein Gebiet, auf dem man sich nicht mit wenigen Sätzen bewegen kann. Wer meinen Verdacht nicht ganz abwegig findet, kann ja in meinem kleinen, sehr kleinen Wörterbuch nachschlagen.

Natürlich ist »Wachstum«, das Wachstum der Wirtschaft, abgelesen am Zuwachs des Brutto-Inlandsprodukts, keine marktradikale Erfindung. Aber die marktradikale Epoche hat dem »Wachstum« einen neuen, starken Akzent verliehen. In den Siebzigerjahren hatte es die ersten Zweifel daran gegeben, ob die Wachstumsprozente automatisch mehr Wohlstand, mehr Wohlfahrt, oder gar mehr Lebensqualität bedeuten. Wissenschaftler hatten Kriterien für Lebensqualität erarbeitet. Und manche meinten, es komme weniger darauf an, wie viel (in Prozenten und Promille) wächst, als was wächst. Und in der Praxis verhielten sich Regierungen auch entsprechend: Der Energieverbrauch sollte – und soll – schrumpfen, alles, was den Energieverbrauch schrumpfen lässt, soll wachsen, und zwar so rasch wie möglich, dazu aber brauchte es politische Entscheidungen, Gesetze, wie etwa das über erneuerbare Energien.

Das alles passte den Marktradikalen nicht. Nicht der Staat, nicht die Politik sollte entscheiden, was wachsen soll, sondern der Markt. Daher auch die Blindheit der Bush-Regierung gegenüber jeglicher Ökologie, die Leugnung des Klimawandels. Ökologie war eines der Hindernisse für den freien Markt, das bösartige, raffinierte Linke erfunden hatten.

Ging es einzig und allein um die Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts, so hatte dies zwei Vorteile: Erstens konnte man einleuchtend argumentieren, dies könne nur der Markt, am besten der völlig freie, deregulierte Markt leisten. Und zweitens konnte man messerscharf schließen: Was am Markt geschieht, bestimmen vor allem die Unternehmen. Sie investieren – oder auch nicht. Also müssen wir sie fördern, vor allem durch immer niedrigere Unternehmenssteuern.

Insofern war und ist die Ideologie des maximalen Wachstums ohne Rücksicht auf seine Beschaffenheit, seine Qualität, seine Wirkung Teil der marktradikalen Dogmatik. Und es ist eben ein Unterschied, ob eine Regierung das Wachstum per se zum Ziel erhebt oder ob sie Felder absteckt, in denen rasches Wachstum sinnvoll, nötig, gemeinwohlfördernd ist und andere, in denen Wachstum nicht erwünscht, nicht verantwortbar ist.

Es könnte sein, dass Sie, die Sie diesen Vortrag über sich haben ergehen lassen müssen, nun fragen: Und wenn das so ist, dass sich hegemoniale Ideologien in der Sprache festsetzen, Sprache imprägnieren, Sprache und damit Denken prägen können, was kann man dagegen tun, wenn man diese Ideologie für schädlich, die Gesellschaft spaltend, also auch für gefährlich hält?

Vielleicht gibt es drei Stufen des Widerstands. Die erste, ziemlich leichte, ist, sich diese Prägung bewusst zu machen. Das haben wir heute, wenn auch nur in einem kleinen Ausschnitt, versucht.

Die zweite, schon etwas weniger leichte ist, offenen Widerstand zu leisten gegen die imprägnierte Sprache, also zu widersprechen, wo sie benutzt wird, Begriffe nicht einfach hinzunehmen, sondern zu problematisieren, im privaten Gespräch und im öffentlichen. Wer Steuerentlastungen für Leistungsträger nicht für nötig und sinnvoll hält, steht auf verlorenem Posten, wenn er die Terminologie der Befürworter einfach hinnimmt.

Die dritte, wichtigste und schwierigste Stufe wäre, und da blicke ich auf das Buch von Lakoff und Wehling zurück, die Schaffung neuer, anderer »frames«, also Gedankengerüste, in die all das hineinpasst, was den Marktradikalismus überwinden kann, Interpretationen der Wirklichkeit, die nicht den Egoismus stärken und feiern, sondern den Gemeinsinn. An die Stelle von »Wenn jeder für sich selber sorgt, ist für alle gesorgt« könnte der Rat des Apostels Paulus an die Galater treten: »Einer trage des andern Last.« Oder bezogen auf die Steuern, die uns heute schon beschäftigt haben: Statt »Steuern sind Diebstahl« oder »Steuern sind Futter für ein gefräßiges Ungeheuer« die Einsicht: »Mit Steuern bezahlen wir das, was wir alleine gar nicht bezahlen können: die Straßen ohne Löcher, gute Schulen und Universitäten, den Polizeiposten, dessen Telefonnummer wir notiert haben.«

Es ist durchaus denkbar, dass der Marktradikalismus seine eigene Widerlegung in der Banken- und Finanzkrise überlebt, dass die »frames«, die er geschaffen hat, stärker sind als die Fakten, die gegen sie sprechen. Dies gilt umso mehr, als die Kräfte, die an diesen ideologischen Versatzstücken interessiert sind, beträchtliche Medienmacht ausüben. Letztlich ist die marktradikale Epoche nur zu beenden, wenn wir die Defizite im marktradikalen Menschenbild erkennbar machen können, wenn es gelingt, ein Menschenbild zu verbreiten, das Jeremias Gotthelf, der Berner Pfarrer Albert Bitzium vor 150 Jahren in den Satz gepresst hat: »Am Menschen rankt sich der Mensch empor zum Menschengeschlecht.« Sicher, man könnte dieses Menschenbild auch das christliche nennen, wenn dieser Ausdruck nicht seit Jahrzehnten ohne jeden präzisen Gehalt zu Tode gehetzt worden wäre. Da war Sprache auch Politik.

Alle europäische Ethik seit 2500 Jahren feiert nicht das Ich, sondern verweist uns auf das Du, auf den andern, den Nächsten, auf die Gemeinschaften, ohne die wir nicht leben können: Auf Eltern und Kinder, auf Geschwister, Freunde und Feinde, auf die Stadt, die uns den Lebensrahmen bereitstellt, schließlich auch auf den Staat, für den wir verantwortlich sind.

Wenn dieser Gedanke konservativ ist, dann bin ich ein Konservativer. Wenn ich sehe, wie weit wir davon abgekommen sind, dann bin ich in Versuchung, zum Revolutionär zu werden. Welch ein Glück, dass beides für den Gang der Dinge gar nicht wichtig ist.